

## Der Nachzügler in der Uno stellt bereits den Präsidenten

Joseph Deiss wird Vorsitzender der Uno-Generalversammlung. Das zeigt, wie präsent die Schweiz in der Uno ist. Anderswo fehlt eine ähnliche Vernetzung. Von Simon Gemperli

Die Uno war schon 57-jährig, als die Schweiz ihr vor acht Jahren beitrug. Sie zählte damals 189 Mitgliedstaaten, seither kamen nur noch Osttimor und Montenegro hinzu. Wenn nun die Uno-Generalversammlung am Freitag alt Bundesrat Joseph Deiss zu ihrem Präsidenten für die Amtsperiode 2010/11 wählt, darf man das als eine Anerkennung für die in kurzer Zeit geleistete Arbeit auffassen. Der CVP-Politiker hatte seinen Beitrag vor allem vor dem Beitritt geleistet, als er als Aussenminister in den emotionalen Abstimmungskampf zog.

Es ist paradox: Jahrzehntlang hatte die Schweiz ihr Staatswesen für inkompatibel mit der Uno erklärt, und der zweite Anlauf für einen Beitritt wäre beinahe am Ständemehr gescheitert. Doch als sie ihren Beobachterstatus abgelegt hatte, machte sich ein aufgeregtes Bedürfnis nach Mitwirkung bemerkbar. «Immer wieder wird sie ihre Stimme erheben, auch dort, wo ihre Stimme unbehaglich sein könnte», kündigte Bundespräsident Kaspar Villiger bei der Aufnahmezeremonie am 10. September 2002 vor der Uno-Generalversammlung an.

Die helvetische Diplomatie begnügte sich nicht mit kritischen Zwischenrufen. Sie packte auf Dutzenden von Reform-Baustellen mit an, besetzte in den Uno-Gremien frei werdende Sitze und lancierte Initiativen. Eine der ersten war die Transformation der korruptierten Menschenrechtskommission in einen neuen Menschenrechtsrat, der zwar fast gleich korruptiert, aber noch entwicklungsfähig ist. Im Verbund mit anderen kleinen Staaten nahm die Schweiz bald auch jene Institution ins Visier, die früher als grösstes Beitritts-hemmnis gegolten hatte: den Uno-Sicherheitsrat. Mit Initiativen für mehr Transparenz, gegen neue Vetorechte oder für die rechtsstaatliche Überprüfung der Terroristenlisten sorgte sie für Aufsehen.

### Auf allen Baustellen präsent

Globale Umweltpolitik, Durban-Rassismuskonferenz, Präsidium des Budgetausschusses, Gaststaats-Politik in Genf, Management-Reform, Wirtschafts- und Sozialrat oder die Förderung der Kohärenz des Uno-Systems sind weitere Themen, bei denen die Berner Diplomaten ganz vorne mitspielen. Kurz: Nirgendwo auf dem internationalen Parkett ist die Schweiz so präsent wie in jener Organisation, der sie 57 Jahre lang nicht beitreten wollte.

Die innenpolitische Resonanz auf dieses Engagement war merkwürdigerweise immer gering. Das Parlament nimmt einmal im Jahr den Uno-Bericht des Bundesrats zur Kenntnis. Höhepunkt stellt jeweils ein kurzer Schlagabtausch über eine mögliche Kandidatur für den Uno-Sicherheitsrat dar. Der Stellenwert, den die Uno in der Schweizer Aussenpolitik des vergangenen Jahrzehnts einnahm, kontrastiert mit dem relativen Desinteresse des Parlaments und der Öffentlichkeit. Daraus einen Elite-Basis-Konflikt abzuleiten, wäre aber falsch. Zwar geniessen der Uno-Menschenrechtsrat und ähnliche Gremien einen schlechten Ruf. Grundsätzlich wird die Uno-Politik aber nur von einer kleinen Minderheit in Frage gestellt.

### Die Uno ist nicht die Welt

Eine plausiblere Erklärung für das nachlassende Interesse ist der Bedeutungsverlust der Vereinten Nationen im Verhältnis zu anderen globalen Institutionen. Die Mitgliedstaaten haben es seit dem Ende des Kalten Kriegs nicht fertiggebracht, die Kern-Uno – den Sicherheitsrat und die Generalversammlung – der veränderten Weltlage anzupassen. Spätestens seit den Kriegen in Afghanistan und im Irak zeichnet sich eine Tendenz zu mehr unilateralen Aktionen (nicht nur der USA) ab. Zudem untergraben neue Gremien wie die G-20 den Anspruch der Uno. Bei der Bewältigung der Finanzkrise fielen viele relevante Entscheide nicht in den herkömmlichen Institutionen. Als sich die G-20-Staaten im November 2008 zum Krisengipfel in Pittsburgh trafen, intervenierte die Schweiz in der Uno: Die G-20 solle ihre Sitzungen in New York abhalten, damit der Klub der Mächtigen wenigstens in der Nähe der Uno debattiere.

Der Nutzen der Uno ist unbestritten. Die Schweiz sollte ihr Engagement nicht zurückfahren. Gleichzeitig darf man sich vom erfolgreichen Einstand nicht täuschen lassen: Die Uno ist nicht der Ort, wo die unmittelbar grössten Herausforderungen für die Aussenpolitik anstehen. Die Auseinandersetzung um Steuer- und Finanzplatzfragen wird an Schauplätzen ausgetragen, wo die Schweiz isoliert dasteht. Auch im Konflikt mit Libyen fehlt die Einbettung in eine mächtige Staatengruppe. Und der Dreh- und Angelpunkt der schweizerischen Aussenpolitik liegt acht Jahre nach dem Uno-Beitritt immer noch in Brüssel.

## Wunschdenken als Mutter der bösen Überraschungen

Die Wahlen in den Niederlanden haben all jene enttäuscht, die einen Triumph der Budgetdisziplin erwarteten. Aber auch die Demoskopie hat versagt. Von Jürg Dedial

Was war den Niederländern im Vorfeld der Wahlen vom Mittwoch alles zugetraut worden! Halb Europa hatte mit Hoffen und Bangen auf das 17-Millionen-Volk geblickt, auf dass dieses es in der Finanz- und Währungskrise fertigbrächte, ein Zeichen zu setzen. Die einen sahen mit Schaudern einen vernichtenden Schlag gegen die Segnungen der sozialen Erregenschaften voraus, die andern sehnten einen solchen geradezu herbei. Es war eine fast paneuropäische Erwartungshaltung, die sich an einige Anzeichen aus dem niederländischen Wahlkampf geklammert hatte. So glaubte man zum Beispiel einen Konsens der Parteien zu erkennen, nach welchem es unvermeidlich sei, die wuchernden Staatsausgaben endlich in den Griff zu bekommen und die Budgetdisziplin gleichsam zur Staatsräson zu erheben. Oder man hoffte, dass das Gespenst des Fremdenhasses, welches noch vor kurzem die niederländische Politik als Geisel gehalten hatte, angesichts der wirtschaftlichen Krise verbannt sei.

### Die Last auf liberalen Schultern

Dieses Wunschdenken stützte sich auf Umfragen und Absichtserklärungen unter den Parteien, aber mehr nicht. Für Aussenstehende schien es, als würde das abgeklärte Volk an der Nordsee eine Bresche schlagen, durch die man in den andern Ländern dann mit Wagemut an die Verhängung unliebtlicher Zwangsmassnahmen schreiten könnte. Auf den armen Niederländern lastete somit eine Heilerwartung, die fast schon groteske Züge anzunehmen drohte. Diese Haltung war dadurch noch gestärkt worden, dass man bei den am Sonntag stattfindenden Wahlen in Belgien ohnehin von einem Desaster ausgeht. Ein kontrastreiches Resultat im Nachbarland hätte einen gewissen Trost spenden können.

Das hat sich jetzt alles als Unsinn erwiesen. Die Niederländer haben uns keinen Sieg der Vernunft geliefert und sicher nicht die Erlösung vom grossen Elend der sozialstaatlichen Schuldenmisere. Der von vielen als Messias in schlimmer Zeit betrachtete Manager Mark Rutte hat sich zwar beachtlich geschlagen, und mit ihm könnte – erstmals seit dem Ersten Weltkrieg – wieder ein Liberaler in den Haager Regierungspalast einziehen. Aber auch Rutte wird sich mit unendlich mühsamen Koalitionsgesprächen konfrontiert sehen. Denn der Vorsprung seiner Partei, der VVD, ist minim. Ohne die

Sozialdemokraten von der Arbeitspartei (PvdA) wird in nächster Zukunft nichts gehen.

Dies kompliziert die politische Arithmetik einmal mehr derart, dass mit wochenlangem Tauziehen um mühsame Kompromisse zu rechnen ist. Die Sozialdemokraten haben sich achtbar geschlagen. Ihr Resultat ist der Beweis, dass auch in den Niederlanden weiterhin entlang der alten ideologischen Grenzzuglinien gefochten wird und dass eine Haushaltskonsolidierung höchst umstritten ist. Dies ist das ernüchternde Resultat. Man wird zudem noch abwarten müssen, ob sich die starke Stellung der PvdA erneut auch in der Aussenpolitik auswirken wird, wo die Partei mit ihrer kompromisslosen Haltung gegenüber dem Krieg in Afghanistan schon die letzte Koalition zu Fall gebracht hat.

Das Opfer dieses Vorganges im Februar waren die Christlichdemokraten, die nun arg gebeutelt wurden. Ihr Vorsitzender Balkenende hat die Konsequenz aus der Schlappe bereits gezogen und sich aus der Politik verabschiedet. Aber die Christlichdemokraten werden sich damit trösten können, dass sie für die Koalitionsbildung trotzdem benötigt werden. Rutte wird sie als dritte Partnerin brauchen, was ihn weit weniger stört als die Sozialdemokraten, um die er nicht herumkommt, wenn er die Truppe um den eigentlichen Gewinner der Wahl, Geert Wilders, auf Distanz halten will.

### Was wird Wilders tun?

Die Vorhersagen hatten sich nicht nur in der Zähigkeit der Sozialdemokraten getäuscht, sondern fast noch mehr in der Attraktivität der islamophoben Hetzkampagne von Wilders. Für die Demoskopie und die nachplappernden Medien kann man von einem eigentlichen Waterloo sprechen. Man machte sich bei den Befragungen nicht einmal die Mühe, der Tatsache Rechnung zu tragen, dass kaum jemand vor Kamera und Mikrofon zugibt, sich mit Wilders' schmutzigem Gedankengut zu identifizieren. Man hat das hierzulande bei der Minarett-Initiative schon so erlebt. Nun sind sie da, die Polterer, wobei man sich noch gar nicht richtig vorstellen kann, welche Rolle sie im Parlament spielen sollen. Denn eines ist klar: Mit zündenden Reden lassen sich billige Schlagzeilen liefern als mit verantwortlicher Politik. Vor einer solchen wird Wilders zurückschrecken. Die Niederlande sind leider kaum weiter als vorher.

## Die EU muss ihren Sinn für das Gemeinsame wiederfinden

Das griechische Debakel hat tiefe Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich offenbar gemacht. Berlin wie Paris haben sich unverantwortlich verhalten. Die EU findet nicht aus der Krise, wenn jedes Mitgliedsland vor allem seine nationalen Interessen vertritt. Von Sylvie Goulard

Die Europäische Union hat die Entscheidungen, die sich aufdrängten, schliesslich getroffen. Es wurde ein Schutzschild von 750 Milliarden Euro geschaffen. Griechenland hat drastische Reformen versprochen; weitere Staaten werden ihm folgen. Eine von EU-Rats-Präsident Herman Van Rompuy geleitete Arbeitsgruppe bemüht sich um eine Stärkung der wirtschaftlichen Steuerung. Doch die Schwere der Krise wie auch die darauffolgende zögerliche Reaktion stimmen nachdenklich: Welche Verantwortung tragen Deutschland und Frankreich? Worin bestehen die methodischen Fehler?

### Andere Erwartungen an die EU

Die Mehrheit der Franzosen ist sich der Tragweite des Versprechens, das die deutschen Regierungsverantwortlichen ihren Bürgern gaben, nicht bewusst, nämlich dass der Euro «so stark wie die Mark» sein werde und die Zahlen «nach dem Komma» überwacht würden. In Bezug auf die griechische Krise war der Manövrierraum der Bundeskanzlerin gegenüber dem Bundestag und dem Bundesverfassungsgericht beschränkt. Die deutsche Öffentlichkeit konnte sich zu Recht geprellt fühlen. Die Mehrheit der Deutschen ihrerseits ist sich nicht bewusst, dass in Frankreich der Euro als Quelle des Wachstums und als weltweites Machtinstrument «verkauft» und seine Stabilität nicht als Selbstzweck gesehen wurde. Auf dem Höhepunkt der Krise gab es Franzosen, die sich als gute Europäer betrachteten, weil sie kurzfristig zur Solidari-

tät bereit waren, und Deutsche, die sich damit brüsteten, gute Europäer zu sein, weil sie langfristig gesehen disziplinierter waren. Wie so oft haben beide Parteien recht: In gravierenden Situationen benötigt die EU Disziplin und Wachstum, Beharrlichkeit und Reaktionsfähigkeit.

Zu diesen alten Divergenzen kommen neue Entwicklungen hinzu. Die Mehrheit der deutschen Regierungsverantwortlichen haben die strategische innereuropäische Annäherung, von der ihre Vorgänger beseelt waren, schubladisiert. In Deutschland und anderswo finden seltsame Vorstellungen Anklang, wonach die wieder «normal» gewordene Bundesrepublik den Schutz ihrer nationalen Interessen endlich wieder in die Hand genommen habe. Dies wäre aber eine Verkennerung der Geschichte der letzten Jahrzehnte, in denen die aufeinanderfolgenden deutschen Regierungen ihre Interessen bestens zu verteidigen wussten und gar den subtilen multilateralen Weg wählten, um ihr Ziel zu erreichen. Zudem müssten die Vorteile eines nationalen Rückzugs erst noch bewiesen werden, denn als führende Wirtschaftsnation der Euro-Zone und als weltweit bedeutendes Ausfuhrland erfreut sich Deutschland dank Einheitsmarkt und -währung eines stabilen, seinem Wirtschaftsmodell äusserst nützlichen Umfelds. Deutschland ist zweifellos daran interessiert, die EU und den Euro zu konsolidieren. Ebenso Frankreich, dessen grösster Erfolg der Nachkriegszeit das vereinigte Europa ist. Die gegenwärtig in Deutschland herrschende buchhalterische Haltung ist kurzsichtig und populistisch; sie bläht die Kosten übermässig

auf und verringert dadurch die Gewinne. Durch das Hinausschieben ihres Entscheids haben die deutschen Behörden zweifellos die öffentliche Meinung geschont, aber die Rechnung erhöht. Die Polemik, die Präsident Horst Köhler mit seinen gewiss ungeschickten, aber an die weltweite Verantwortung Deutschlands erinnernden Bemerkungen ausgelöst hat, sollte die Befürworter der einzelstaatlichen Souveränität zum Nachdenken anregen. In einer global vernetzten Welt ist es nicht so einfach, nationale Interessen allein zu definieren und zu verteidigen.

### Die europäische Methode

Die Franzosen tragen einen grossen Teil der Verantwortung an der zaudernden Haltung Deutschlands. Um an Europa zu glauben, braucht Deutschland zuverlässige Partner. Doch die Ablehnung des Verfassungsvertrages durch Frankreich im Jahre 2005 hat das Vertrauen untergraben. Und das von Präsident Sarkozy lancierte Projekt der Mittelmeerunion hat Berlin ebenfalls ein falsches Signal gegeben. Zu Recht hat Bundeskanzlerin Merkel das ursprüngliche Konzept, das Nord-europa ausschloss und ein Wiederaufleben getrennter französischer und deutscher Einflusssphären bedeutete hätte, kategorisch abgelehnt. Zudem haben die aufeinanderfolgenden französischen Regierungen ihre Glaubwürdigkeit schon vor Jahren eingebüsst wegen ihrer Unfähigkeit, die öffentlichen Finanzen streng zu verwalten und

Strukturreformen, insbesondere die aus demografischen Gründen notwendige Rentenreform, erfolgreich durchzuführen.

Das traditionelle französisch-deutsche Zusammenwirken hat einer gemeinsamen antieuropäischen Dynamik allmählich Platz gemacht. Der Graben zwischen Reden und Handeln hat sich gefährlich verbreitert. So haben Frankreich und Deutschland dem Stabilitätspakt 2003 gemeinsam einen Schlag versetzt. Gemeinsam haben sie auch die Schwächung der EU-Kommission beschleunigt. Heute noch brüstet sich Sarkozy mit seinem grossen Kampf gegen Brüssel wegen französischer Wirtschaftsinteressen. Die Regierungsverantwortlichen haben gegen die «Brüsseler Bürokratie» mit den Wölfen geheult und dadurch unbewusst sämtlichen Entgleisungen, einschliesslich der von der Kommission mehrfach angeprangerten Fälschung der griechischen Budgetzahlen, Vorschub geleistet.

Die EU braucht keine aufsehenerregenden Innovationen. Sie muss nur auf die gemeinschaftliche Methode zurückkommen, die vor der Macht der Grossen und der Trägheit der Kleinen schützt. Sie muss den Sinn für das übergeordnete gemeinsame Interesse gegenüber den nationalen Versuchungen wiederfinden. Barack Obama, der auf dem Höhepunkt der Krise Bundeskanzlerin Merkel mehrmals angerufen hat, hat es begriffen. Mögen auch unsere Regierungsverantwortlichen ihre Augen öffnen.

Sylvie Goulard ist französische Europaabgeordnete und gehört der liberalen Fraktion an. Aus dem Französischen von Béatrice Raboud.